

## Gedenkort ja – Senatsfinanzierung nicht vorgesehen!

2013 fand in Berlin das Themenjahr „[Zerstörte Vielfalt 1933-1938](#)“ statt.

Angeschoben durch bürgerschaftliches Engagement mit weiteren begleitenden Veranstaltungen wurde am 23. Mai 2013 eine Gedenk-Stele im Straßenland vor dem Haus feierlich installiert und lenkte die [öffentliche Aufmerksamkeit](#) auf diesen geschichtsträchtigen Ort **Fontanepromenade 15**.

Die Besitzverhältnisse waren seit dem Ausscheiden des vormaligen Eigentümers, einer Mormonen-Gemeinde, seit Mitte 2011 rechtlich zu klären. Der jetzige Eigentümer Marc Brune erwarb die Immobilie im Mai 2015. Im Jahre 2015 sprachen sich die bezirklichen Gremien von Friedrichshain-Kreuzberg gegen das weiterführende „[museale Gedenken](#)“ an diesem authentischen Ort jüdischer Zwangsarbeit aus.

Die Initiative „**Gedenkort Fontanepromenade 15**“ gründete sich Ende November 2016 aus verschiedenen stadt-, geschichts- und erinnerungspolitischen Initiativen und der Stadtteilinitiative „Wem gehört Kreuzberg“, als Reaktion auf die begonnene Bautätigkeit an diesem denkmalgeschützten Ort.

In einem „[Offenen Brief](#)“ formuliert dieselbe ihre Forderung nach einem sofortigen Baustopp, der Rücknahme der Baugenehmigung und ihre gedenkpolitischen Vorstellungen für die ehemalige „Zentrale Dienststelle für Juden“ (1938-1943) in der **Fontanepromenade 15**.

Den authentischen Ort der Verwaltung „jüdischer Zwangsarbeit“ sahen sie in der Gefahr, dass er dem Gedenken und Erinnern entzogen und das Gebäude dadurch geschichtlich entsorgt würde. Die Stadtteil-Initiative trat für einen würdigen und geschichtsbewussten Umgang mit dem Gebäude durch die Öffentliche Hand ein.

Das „**Arbeitsamt für Juden**“ in der Fontanepromenade 15 mit dem Alleinstellungsmerkmal, eine Schnittstelle zwischen Juden-Verfolgung und Zwangsarbeit zu sein, war für die Berliner Gedenkstätten Landschaft nicht mit gedacht worden.

Die **Initiative Gedenkort Fontanepromenade 15** wandte sich in Briefen an die politisch Verantwortlichen auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene und ging mit ihren Forderungen nach einer „Gedenkstätte“ in die interessierte Öffentlichkeit.

Die Schriftstellerin **Inge Deutschkron**, eine Zeitzeugin der „Schikane-Promenade“, wie die Fontanepromenade 15 von den Betroffenen auch genannt wurde, war von hier zur Zwangsarbeit bei IG Farben gezwungen worden. In ihrem „[Offenen Brief](#)“ an Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann und Kultursenator Klaus Lederer appellierte sie „sich dafür einzusetzen, dass dieses Gebäude eine Nutzung erfährt, die seiner historischen Bedeutung gerecht wird.“

Ein **Gespräch** der Gedenkorts-Initiative **mit dem Eigentümer Marc Brune** Mitte Januar führte zu seinem **Angebot**, eines der beiden entstehenden Büros für das Gedenken gegen Miete zur Verfügung zu stellen.

Beim **ersten Gespräch** in der Senats-Kulturverwaltung am 25. Januar 2017 wurden die Erarbeitung eines Konzeptes durch die **Initiative Gedenkort Fontanepromenade 15** vereinbart.

In mehrwöchiger Arbeit wurde das **integrierte stadträumliche, pädagogisch-wissenschaftliche und künstlerische Konzept** für einen Informations-, Forschungs- und Begegnungsort am 22. Mai beim Fachreferat des Senators für Kultur und Europa ausdrücklich inhaltlich begrüßt. Das Konzept wurde als wichtiger Baustein, der im Koalitionsvertrag vereinbarten Schaffung einer „Stiftung für Zwangsarbeit“ gesehen. Die konkrete Unterstützung der Finanzierung blieb jedoch wie beim ersten Gesprächstermin seitens des Senats leider wieder offen, obwohl dem Senat die [Offerte des Eigentümers](#) bekannt war. Das Land wird durch die Modernisierungsmaßnahme des Eigentümers von erheblichen Instandsetzungskosten für den notwendigen Gedenkort entlastet. Als Alternative schlägt die Initiative dem Land Berlin die Prüfung des Erwerbs des zur Miete angebotenen Gebäudeteiles vor, um ein dauerhaftes Gedenkens abzusichern.

Wir laden alle Interessierten zur Vorstellung des Konzeptes für den **Gedenkort Fontanepromenade 15** zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung ein.

**Dienstag, den 6. Juni 2017, 19 Uhr, Nachbarschaftshaus Urbanstraße 21, 10961 Berlin-Kreuzberg** (ÖPNV: Bus M 41, U 7, Südstern).

**Für Rückfragen:** Lothar Eberhardt, mobil: **0151 109 42 848**, Email: [lebgut07@yahoo.de](mailto:lebgut07@yahoo.de)